

## **Niederschrift**

### **41. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates Gatersleben**

Datum Montag, den 14.01.2019  
Ort Bürgerhaus, OT Gatersleben,  
Lange Straße 50, 06466 Seeland  
Zeit 18:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesende

#### **Ortsbürgermeister/in**

Herr Dipl.-Hdl. Mario Lange

#### **stellvertretender Ortsbürgermeister/in**

Herr Mathias Arend

#### **Ortschaftsräte**

Herr Pierre Ambrozy

Herr Steve Brose

Herr Jörg Erdmenger

Herr Daniel Gohl

Herr Frank Rümenap

#### **Verwaltung**

Frau Adele Frühling

#### **Presse**

Herr Anders Mitteldeutsche Zeitung

#### **Gäste**

Bürger

Anzahl 2

#### **Protokollant/in**

Frau Katrin Dietmann

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Beschluss der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anhörung - BV/342/2018  
Haushaltskonsolidierungskonzept 2019 bis 2027
- 5 Anhörung - Haushaltssatzung der Stadt BV/343/2018  
Seeland für das Haushaltsjahr 2019 mit Haushaltsplan
- 6 Anfragen, Anregungen und Mitteilungen
- 7 Schließung der Sitzung

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1**

#### **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Lange**, Ortsbürgermeister des Ortsteiles Gatersleben, eröffnet die 41. Sitzung des Ortschaftsrates Gatersleben. Dies ist die erste Sitzung im neuen Jahr. Er begrüßt die Anwohner, die Mitarbeiterinnen der Verwaltung und die Ortschaftsräte. Er wünscht allen ein gesundes neues Jahr. Des Weiteren wünscht er für den Ort Gatersleben ein in der kommunalpolitischen Auseinandersetzung demokratisches, kontroverses und spannendes Jahr, dass alles auf dem Boden der Rechtsordnung erfolgt und „wir uns immer gut in die Augen schauen können“.

Die Ortschaftsräte bestätigen, dass die Unterlagen pünktlich zugegangen sind. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Es sind 6 von 7 Ortschaftsräten anwesend. Herr Gohl wird noch erwartet.

### **TOP 2**

#### **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Beschluss der Tagesordnung**

Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

**Herr Arend** hätte gern die Thematik Liegenschaft Schmiedestr. 1 auf die Tagesordnung genommen, da aber noch nicht alle Ortschaftsräte anwesend sind, stellt er diesen Antrag nicht.

**Herr Lange** sagt dazu, dass noch nicht alle Unterlagen vollständig vorliegen und diese Thematik somit nicht auf der Tagesordnung enthalten ist.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

### **TOP 3**

#### **Einwohnerfragestunde**

**Frau Heidecke**, Bürgerin des Ortsteiles Gatersleben, informiert, dass die Neuregelung rechts vor links auf der Kreuzung Lange Straße - Holzanger - Quedlinburger Straße noch nicht bei allen angekommen ist. Sie musste schon das eine oder andere Mal vom Fahrrad springen, da ihr die Vorfahrt genommen und diese neue Regelung nicht beachtet wurde.

**Herr Lange** möchte wissen, ob die Schilder, dass sich die Verkehrsregelung ändert, noch stehen? Frau Heidecke meint, dass keine Schilder mehr stehen.

- Er bittet die Verwaltung (Ordnungsamt) zu prüfen, ob die Hinweisschilder, dass sich die Verkehrsregelung ändert, nochmals aufgestellt werden können, wenn diese nicht mehr stehen. Des Weiteren sollte die Verwaltung prüfen, ob in einer 30er Zone immer die rechts-vor-links Regelung gelten muss.

#### **TOP 4**

#### **Anhörung - Haushaltskonsolidierungskonzept 2019 bis 2027 BV/342/2018**

**Herr Lange** sagt, die Unterlagen zum Haushaltskonsolidierungskonzept sind allen Räten zugegangen. Er schlägt vor, dass die TOP 4 und TOP 5 nacheinander vorgestellt und diskutiert werden und im Anschluss an die Diskussionen abgestimmt werden, da diese doch zusammen gehören.

Er bittet Frau Frühling um Erläuterung zum Haushaltskonsolidierungskonzept.

**Frau Frühling** sagt, dass bereits am 04.12.2018 im Haupt- und Finanzausschuss über das Haushaltskonsolidierungskonzept diskutiert wurde.

Sie erläutert die Sachverhalt- und Rechtsgrundlagen.

Die Stadt Seeland weist seit dem Jahr 2014 einen nicht ausgeglichenen Haushalt auf. Der Jahresfehlbetrag des Ergebnisplans beträgt für das Haushaltsjahr 2019 voraussichtlich **1.818.200 EURO**.

Gemäß § 98 Abs. 3 KVG LSA in der derzeit geltenden Fassung ist der Haushalt der Kommune jedes Jahr in Planung und Rechnung der Erträge und Aufwendungen (Ergebnisplan) auszugleichen. Der Haushalt ist ausgeglichen, wenn die Erträge die Höhe der Aufwendungen erreichen.

Kann ein Haushaltsausgleich entgegen den Grundsätzen des § 98 Abs. 3 KVG LSA nicht erreicht werden, ist gemäß § 100 Abs. 3 KVG LSA ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen. Dieses hat das Ziel, die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Seeland aufrecht zu erhalten und den Haushaltsausgleich zum nächstmöglichen Zeitpunkt wiederherzustellen, spätestens jedoch im fünften Jahr, das auf die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung folgt.

Gemäß der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2019 - 2027 kann der Haushaltsausgleich im Jahr 2026 erstmalig erreicht werden. Der kumulierte Fehlbetrag im Betrachtungszeitraum beträgt **14.080.900 EURO**.

Bereits beschlossene und umgesetzte sowie geplante Maßnahmen sind im Konzept eingearbeitet. Um das Defizit zukünftiger Haushaltsjahre verringern zu können, muss sich die Stadt Seeland weiter an strenge Sparsamkeits- und Wirtschaftlichkeitsprinzipien halten und die ihr zur Verfügung stehenden Ertragsmöglichkeiten konsequent ausschöpfen.

**Frau Frühling** sagt weiter, dass auf der Seite 6 der Konzeption die wesentlichen Ursachen angegeben wurden. Korrekturen aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurden mit in die Konzeption eingearbeitet.

**18:10 Uhr Herr Gohl nimmt an der Sitzung teil.**

**Frau Frühling** erläutert kurz die einzelnen Punkte in diesem Konzept:

- Seite 10 - Entwicklung der Kreisumlage mit der Prognose bis 2027
- Seite 11 - Entwicklung des Eigenkapitals - dies ist bis 2027 vorsichtig geschätzt
- Seite 13 - hier sind die Maßnahmen hinterlegt
- Seite 15 - Übersicht der Konsolidierungsmaßnahmen, wie z. B. die Erhöhung der Realsteuern, Kitabeträge
- Seite 16 - hier sind Maßnahmen beschrieben, wie beispielsweise die Neuausschreibung der Versicherungen, Reinigungsarbeiten in den Einrichtungen, Benutzungsgebühren Bibliothek.

Die Stadt ist verpflichtet, bis 2027 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben.

**Herr Arend** sagt, die Notwendigkeit der Konsolidierung ist sicher jedem bewusst. Dies ist aber ein vorläufiges Konzept, das kann nicht das Endziel sein und dies nicht nur bei den freiwilligen Leistungen.

Es hieß, dass mit dem Altersausscheiden auf dem Bauhof und in der Verwaltung Personal abgebaut wird. Somit müsste auch der Verwaltungsaufwand weniger werden. Wenn man aber in dieses Konzept sieht, stellt man fest, dass es über 500.000 Euro mehr an Ausgaben sein werden. Da müssen noch Hausaufgaben gemacht werden. Es muss auch anderweitig nach Lösungen gesucht werden. Es darf nicht zur Zwangsverwaltung kommen. Wenn man in das Konzept sieht, stellt man fest, dass der Personalschlüssel aufgestockt wird, ab 2023 soll dieser dann wieder sinken. Warum? Der Haushalt wird dadurch zusätzlich belastet.

**Frau Frühling** sagt, dass es eine Anpassung des Personals im Kitabereich gibt. Des Weiteren sind auch die Lohnsteigerungen (ca. 3 % derzeit) mit eingearbeitet.

**Herr Brose** findet es sehr schade, dass wieder Steuererhöhungen, die aber nicht die „Masse“ bringen werden, eingearbeitet wurden. Beispielsweise ist die Anhebung der Hundesteuer, was man ja im vergangenen Jahr gesehen hat, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Aufwand ist viel höher als die Einnahmen. Was bieten wir dafür, wenn wir alle Steuern ständig erhöhen? Er wird diesem Konzept nicht zustimmen.

**Herr Erdmenger** meint, dass die Räte auch 2018 zusammen saßen und da hieß es, das Personal auf dem Bauhof wird reduziert. Doch dies geschieht nicht. Im Gegenteil, der Verwaltungsaufwand steigt um ½ Million Euro. Die Erhöhung der Gewerbesteuer in der Form, wie sie im Konzept geschildert ist bis 2027, ist eine Zumutung für Gewerbetreibende. Auch die anderen Steuern in dem Maße anzuheben, das passt überhaupt nicht. Er findet dies nicht gut, auch wenn er um die Notwendigkeit dieser Maßnahmen und des Konzeptes weiß.

**Herr Rümenap** möchte wissen, auf welcher Grundlage diese Erhöhungen der Realsteuern beruhen?

**Frau Frühling** antwortet, dass hierbei der Landesdurchschnitt für die Berechnung zu Grunde gelegt wurde. Die vorliegenden Zahlen beruhen auf dem Stand September 2018.

Zur Übergabe der Pflege etc. der Grünflächen möchte **Herr Erdmenger** wissen, ob die Vereine dazu bereits gefragt wurden?

**Frau Frühling** sagt, dass die Vereine angesprochen wurden. Es wird eine Richtlinie geben, dass solche Arbeiten, wie beschrieben, von den Vereinen übernommen werden. 2018 wurde bereits begonnen, dies umzusetzen.

**Herr Lange** ergänzt dazu, dass es Gesprächsrunden mit den Vereinen gab, jedoch diese sind damit geendet, dass Herr Kruse (Wirtschaftsförderung) damit beauftragt wurde, zu prüfen, ob und wie die Vereine dies stemmen können. Es liegen aber noch keine Ergebnisse vor. Die Vereine wurden auch angeschrieben. Das Problem besteht immer noch, sagt **Herr Lange**, denn er hatte mit dem Gaterslebener Sportverein Saxonia gesprochen. Auch Gerätschaften fehlen, um diese Vorhaben umzusetzen. Die Randbedingungen sollten geprüft werden, es ist aber nichts passiert. Die Instandhaltung der Sportplätze war eine Idee, aber über diese Idee ist es nicht hinausgegangen. Die Möglichkeiten, wie die Stadt die Vereine dann fördern könnte, muss auch geprüft werden. Es entstehen derzeit Tatsachen, mit denen die Vereine nicht mehr umgehen können.

**Herr Arend** sagt, dass diese Erkenntnisse den Widerspruch, der sich hier ergibt, noch erhöhen. Es gibt Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen, wenn diese aber nicht so tief sind, sind wir noch eher im Konkurs. Weiter sagt er, dass 2017 ein

Brandschutzkonzept beschlossen wurde. Es wurden in der Vergangenheit so viele neue Autos für die Feuerwehr angeschafft, wenn aber nur zwei Feuerwehrleute zum Einsatz kommen, ist die Frage, warum wir so viele Autos haben, berechtigt. Auch dieses Konzept muss auf den Prüfstand.

**Herr Arend** versteht auch nicht, warum für die Feuerwehr Frose von 1,1 Millionen Euro gesprochen wird, in der Zeitung standen dann 1,6 Millionen Euro. Das ist eine Erhöhung um 500.000 Euro. Es wird alles immer mehr, auch bei anderen Maßnahmen und das kann nicht funktionieren.

**Frau Frühling** antwortet, dass es sich bei dem in der Zeitung angegebenen Betrag um einen Schreibfehler der Presse handelt. Richtig muss es heißen 1.168.000 Euro.

**Herr Gohl** sagt, „Hut ab“ erst einmal für die Arbeit, die in diesem Haushaltskonsolidierungskonzept steckt. Es sind viele Ideen in dieses Konzept eingeflossen. Jedoch erinnert ihn das alles an das „Parkinsonsches Gesetz“. Von Jahr zu Jahr gibt es gute Ideen, wie der Haushalt gestaltet wird. Wir werden in der Stadt Seeland nun aber von Jahr zu Jahr weniger Einwohner, doch es ist nicht erkennbar, dass die Stadt diesem Trend folgt, Personal in der Verwaltung und Bauhof wird mehr. Die Verwaltung nährt sich irgendwann selbst und merkt nicht, dass sie sich selbst verwaltet. Es müssen sich Gedanken gemacht werden, auch die Verwaltung zu reduzieren, um Kosten einzusparen.

Des Weiteren vermisst **Herr Gohl** in dem Konzept eine Absicherung für die Feuerwehr – wenn so wenige Feuerwehrleute zu den Einsätzen kommen, sollte vielleicht auch über eine Zusammenlegung der Züge nachgedacht werden.

**Herr Gohl** sagt, dass eine Erhöhung der Hundesteuer nichts bringt. Auch die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer geht in die falsche Richtung. Es fehlt die Einsparung im Grunde der Verwaltung. Wie schaffen wir es, die Stadt attraktiver zu machen, sollte unser Anliegen sein. Jedoch erreichen wir mit diesen Maßnahmen genau das Gegenteil. Er ist enttäuscht.

**Herr Lange** sagt, dass er Hochachtung vor der Arbeit der Verwaltung den Haushalt betreffend hat. Wenn man sich nun aber einmal erinnert: Als Gatersleben 2010 zur Stadt Seeland zugeordnet wurde, hieß es, alles wird besser. Jedoch wurde das, was vom Land versprochen wurde, nicht eingehalten. Uns geht es nicht besser, sondern schlechter, wir sparen uns kaputt. Land und Bund sind in der Verantwortung, denn dort „sprudelt“ das Geld. Dieses kommt jedoch nicht in den Kommunen, die es dringend benötigen, an. Das muss sich unbedingt ändern.

Aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept ist zu erkennen, dass es wieder ein „Griff in die Taschen des Kleinen“ ist, wenn man sich die Entwicklung der Realsteuern ansieht. Das kann doch nicht im Sinne der Stadt sein.

- **Herr Lange** bittet darum, die Erhöhung der Hundesteuer aus dem Konzept zu streichen. Der Mehraufwand steht in keinem Verhältnis zur Erhöhung.

Auch eine Erhöhung der Elternbeiträge sollte es nicht geben – anderswo wird über die Abschaffung diskutiert – hierfür gibt es seiner Meinung nach keine Logik.

Zu den Baumschnittarbeiten sagt **Herr Lange**, dass in der Vergangenheit zwei Firmen für die Stadt unterwegs waren, die diese Arbeiten ausführen. Warum soll dies nun wieder der Bauhof machen. Dieser verfügt auch gar nicht über die notwendige Technik für solche Arbeiten.

Dass die Straßenbeleuchtungen mit LED ausgestattet werden und dies zu einer Ersparnis für die Zukunft wird, ist prinzipiell gut.

Jedoch kann wesentlich mehr eingespart werden, dazu muss aber erst einmal investiert werden. Der Ansatz ist gut, müsste sich aber auf viele Maßnahmen ausbreiten. Viele Dinge sind an-, aber nicht zu Ende gedacht.

**Herr Lange** betont nochmals, dass dringend der Appell Richtung Landes- und Bundespolitik gerichtet werden muss, dass das so nicht geht. Die Kommunen brauchen Unterstützung.

**Herr Lange** geht noch kurz auf die Investitionen für Gatersleben ein. 2016 wurde im Bürgermeisterwahlkampf von Frau Meyer versprochen, dass die Jugendfeuerwehr Gatersleben einen Raum bekommt, so **Herr Lange**. Auch die Brandschutzdecke im Beratungsraum der Feuerwehr findet er nicht in diesem Konzept. Warum fehlen diese Maßnahmen?

- **Frau Frühling** sagt, dass das Bauamt der Stadt Seeland zur Maßnahme Brandschutzdecke Feuerwehr Gatersleben Stellung nehmen wird – der Ortschaftsrat wird informiert.
- Auch zum Raum für die Jugendfeuerwehr Gatersleben wird eine Stellungnahme seitens der Stadt Seeland erfolgen – auch dazu wird der Ortschaftsrat informiert.

**Herr Arend** fragt, dass doch 2017 ein Büro in der Verwaltung war, welches die Verwaltungsstruktur prüfen und bewerten sollte – dies hat auch viel Geld gekostet. Zu einem Ergebnis dieser Überprüfung liegen ihm jedoch keine Informationen vor.



**Herr Arend** sagt weiter, dass es allerehrenwert ist, dass Herr Lange die Maßnahmen für die Feuerwehr angesprochen hat. Jedoch machen diese doch dann alles noch viel teurer.

Was die Arbeit der Verwaltung angeht, sagt **Herr Lange**, hat er dies auch beobachtet und festgestellt, dass für zu viel Arbeit eigentlich zu wenig Personal da ist. So seine Meinung. Dies trifft auch für den Bauhof zu.

Es muss ein Signal vom Land kommen, dass den Kommunen geholfen wird!

Die Risikoanalyse wurde im Dezember 2017 in der Stadtratssitzung diskutiert. Da kam aber nicht viel. Ihm liegen keine Informationen vor, so **Herr Lange** weiter, ob Anmerkungen/Berichtigungen nachfolgend eingearbeitet wurden oder nicht. Bis zum heutigen Tage hat er keine Informationen zum derzeitigen Sachstand.

➤ **Herr Lange** bittet darum, dass ihm die Risikoanalyse in der fertiggestellten Ausgabe übersandt wird.

**Herr Ambrozy** sagt, dass es den Bürgern schwer vermittelbar ist, wenn man sich den Haushalt und das Konsolidierungskonzept ansieht, dass alle „den Gürtel enger schnallen“ müssen. Die Schulden verdoppeln sich fast bis 2027 – trotz eklatanter Sparmaßnahmen.

## TOP 5

### **Anhörung - Haushaltssatzung der Stadt Seeland für das Haushaltsjahr 2019 mit Haushaltsplan BV/343/2018**

**Frau Frühling** erläutert die Sachverhalt- und Rechtsgrundlagen.

Gemäß § 100 Abs. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) haben die Kommunen für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen.

Die Haushaltssatzung enthält gemäß § 100 Abs. 2 Ziffern 1 bis 4 KVG LSA die Festsetzung

- des Haushaltsplans mit den in § 101 KVG LSA genannten Bestandteilen;
- der vorgesehenen Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen;
- der Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in künftigen Haushaltsjahren;
- des Höchstbetrags der Liquiditätskredite;
- der Steuersätze.

Da der vorgesehene Höchstbetrag der Liquiditätskredite auch im Haushaltsjahr 2019 ein Fünftel der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzplan übersteigt, bedarf er gemäß § 110 Abs. 2 KVG LSA im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Kommunalaufsicht des Salzlandkreises.

Die geplante Kreditaufnahme für Investitionsmaßnahmen in Höhe von **1.283.000 EURO** bedarf gemäß § 108 Abs. 2 KVG LSA im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde. Verpflichtungsermächtigungen werden in Höhe von **0 EURO** festgesetzt.

Der Ergebnisplan der Stadt Seeland weist ein Jahresfehlbetrag in Höhe von **1.818.200 EURO** aus.

Die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2027 ist gemäß § 100 Abs. 3 KVG i. V. m. § 98 Abs. 3 KVG erforderlich.

**Frau Frühling** nennt die Inhalte der Haushaltssatzung (§ 1 bis § 8) und sagt, dass im Vorbericht alles hinterlegt ist. Für Gatersleben nennt sie kurz die Investitionsmaßnahmen (Seite 41) und die Instandhaltungsmaßnahmen (Seite 48).

Sie sagt, dass es wichtig ist, dass die Haushaltssatzung genehmigt wird.

➤ **Herr Arend** fragt, ob mit dem Betrag i. H. v. 330.000 Euro, der für die Pothofstraße eingestellt ist, der 2. Bauabschnitt gemeint ist. Denn der 1. und 3. Bauabschnitt kostete ja bereits ca. 350.000 Euro. Der 2. Bauabschnitt betrifft 5 Häuser und ca. 100 m Straßenlänge. Das Hauptproblem dieses Teils ist doch das Wasser- und Abwasserproblem. Dieses sollte vor einer Weiterführung der Maßnahme grundlegend geklärt werden. Mit dem Verkauf der Kläranlage wurde Geld einbehalten, was für diese Dinge verwendet werden sollte.

**Herr Lange** spricht die Position Sanierung Speiseraum der Grundschule in Gatersleben (10.000 Euro eingestellt) an. Er sagt, dass sich die Grundschule aber von Grund auf angeschaut werden muss. Was kostet was, welche Variante (Neubau, Rückbau einer Etage)? Wo sind die Architektenkosten eingeplant?

**Frau Frühling** sagt, dass die Architektenkosten in Planungsleistungen (Grundschule pauschal 25.000 Euro) enthalten sind.

**Herr Lange** führt fort, dass eine Grundlage für die Grundschule (Konzept) geschaffen werden muss. Er verweist auf die Sitzung im Juni 2017, in der die Grundschule bereits ein TOP war. Hier ging es um ein Raumnutzungskonzept, welches erstellt werden

sollte. Wenn man ein Konzept hat, kann man eventuell auch Fördergelder erhalten.

Zur Bibliothek Gatersleben sagt **Herr Lange**, dass 2016 - 2018 kaum neue Literatur gekauft werden konnte, hierzu findet er jetzt aber auch nicht viel im Haushalt?

➤ **Frau Frühling** antwortet darauf, dass dies mit eingestellt wird für Medien in 2019. Herr Lange erhält die Zuarbeit/ Beträge für die Bibliothek von der Verwaltung.

**Herr Lange** bittet die Ortschaftsräte um Abstimmung zum Beschlussvorschlag zu TOP 4.

#### **BV/342/2018**

**Der Ortschaftsrat Gatersleben empfiehlt nachfolgenden Beschluss im Stadtrat der Stadt Seeland zu fassen:**

Der Stadtrat der Stadt Seeland beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2019 bis 2027 in der vorliegenden Fassung.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>1 Ja-Stimme</b>
	<b>5 Nein-Stimmen</b>
	<b>1 Stimmenthaltung</b>

**Beschlussempfehlung mehrheitlich abgelehnt**

**Herr Lange** bittet die Ortschaftsräte um Abstimmung zum Beschlussvorschlag zu TOP 5.

#### **BV/343/2018**

**Der Ortschaftsrat Gatersleben empfiehlt nachfolgenden Beschluss im Stadtrat der Stadt Seeland zu fassen:**

Der Stadtrat der Stadt Seeland beschließt die Haushaltssatzung 2019 und den Haushaltsplan 2019 in der vorliegenden Fassung.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>1 Ja-Stimme</b>
	<b>3 Nein-Stimmen</b>
	<b>3 Stimmenthaltungen</b>

**Beschlussempfehlung mehrheitlich abgelehnt**

## **TOP 6**

### **Anfragen, Anregungen und Mitteilungen**

1. **Herr Lange** sagt, da das Jahr 2019 erst begonnen hat, ist noch nicht viel passiert, worüber er berichten könnte.

➤ Er bittet die Verwaltung aber, die Anlage, die den Protokollen beigelegt ist, bitte immer in die Ämter zu geben. Es gab in der Vergangenheit viele Anfragen von Bürgern, die normalerweise innerhalb von 6 Wochen beantwortet sein müssten. Dies ist aber nicht immer der Fall.

2. **Herr Arend** sagt, dass er mit sofortiger Wirkung als stellvertretender Ortsbürgermeister zurück tritt. Da er eh nie zu Beratungen, Terminen o. ä. hinzugezogen bzw. eingeladen wurde, wie es für einen Stellvertreter sein sollte, sieht er keinen Sinn mehr darin, als Stellvertreter zu fungieren.

## **TOP 7**

### **Schließung der Sitzung**

Der Ortsbürgermeister bedankt sich bei den Ortschaftsräten und beendet die Sitzung um 19:20 Uhr.

Seeland, 16.01.2019

Dipl.-Hdl. Mario Lange  
Ortsbürgermeister

Katrin Dietmann  
Protokollantin